



## **Inhalt**

1.	Zypernfrage.....	2
2.	Gasvorkommen.....	2
3.	Griechische Zyprioten.....	4
	Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen.....	4
4.	Türkische Zyprioten.....	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Innenpolitische Entwicklungen.....	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

## 1. Zypernfrage

Am 12. März traf der UN Sonderbeauftragte Alexander Downer zum ersten Mal den neugewählten Präsidenten Nicos Anastasiades. Nachdem Downer dem neuen Präsidenten zu seiner Wahl gratuliert hatte, betonte Downer, dass die Friedensgespräche nach Abschluss der Verhandlungen mit der Troika so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden müssten. Downer traf sich auch mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Dervis Eroglu.

Obwohl die Zypernfrage im März nicht auf der Tagesordnung des UN Sicherheitsrates stand, reiste der Sonderbeauftragte nach New York, um UN Sekretär Ban Ki Moon über die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Friedensgespräche zu informieren. Die Friedensgespräche wurden im April letzten Jahres unterbrochen, kurz bevor die Republik Zypern die europäische Ratspräsidentschaft übernahm. Im April soll Downer für weitere Gespräche mit den Vertretern der griechischen und türkischen Zyprioten nach Zypern zurückkehren.

Die Zypernfrage war auch ein wichtiges Thema während eines Treffens im März zwischen dem türkischen Premierminister Tayyip Erdogan und seinem griechischen Kollegen Antonis Samaras in Istanbul. Obwohl eine Verbesserung der griechisch-türkischen Beziehungen zu beobachten ist, wird die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und der innenpolitische Schaden, den Anastasiades in der Krise genommen hat, wohl auf deren Verhandlungsposition auswirken, was

wiederum die Friedensgespräche beeinflussen dürfte.

Dadurch, dass Zypern in den nächsten Monaten damit beschäftigt sein wird, die Folgen der Wirtschaftskrise zu meistern und die mit der Troika vereinbarten Sparmaßnahmen und Reformen umzusetzen, rücken Verhandlungen zur Überwindung der Teilung der Insel in der nächsten Zeit auf der Prioritätenliste an die zweite Stelle.

Der Turkish Weekly zufolge, kritisierte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu den Vorschlag der zypriotischen Regierung, die Rechte an der Öl- und Gasförderung als Sicherheiten in einem Rettungsplan zu verwenden. Stattdessen schlägt er vor, die Gasreserven mit einer Lösung der Zypernfrage zu verbinden. Wie Downer auch, so möchte Davutoglu die Gespräche erst nach Abschluss eines Rettungspaketes wieder aufnehmen. Zudem schlägt er vor, dass beide Seiten eine gemeinsame Kommission berufen sollen, um die Vermarktung und die Förderung der natürlichen Ressourcen vorzunehmen. Die Gewinne sollten auf einem Sperrkonto kommen und für den Friedensprozess und die Zeit danach verwendet werden. Falls die griechischen Zyprioten diesen Vorschlag ablehnen, favorisiert Davutoglu eine Zweistaatenlösung, in deren Rahmen die türkischen Zyprioten das Recht haben sollen, die Ressourcen im Norden auszubeuten.

## 2. Gasvorkommen

Die Gasvorkommen vor Zyperns Küste sind auf kurze und mittlere Sicht der einzige Hoffnungs-

schimmer in Zyperns wirtschaftlicher Entwicklung, da dem Bankensektor im Rahmen der Verhandlungen über einen Kredit der Troika über Nacht die Geschäftsgrundlage entzogen wurde, was voraussichtlich zu einer fundamentalen Umstrukturierung der zypriotischen Wirtschaft führen wird.

Die Gasvorkommen und die damit einhergehenden Gewinne waren ursprünglich Teil der Verhandlungen mit den internationalen Gläubigern. Die Troika wollte zukünftige Einnahmen als Kreditrückzahlung jedoch nicht in Betracht ziehen, da deren genauer Wert noch nicht feststeht. Die dazu notwendigen Probebohrungen sind daher von höchster Wichtigkeit, wie der Energie- und Wirtschaftsminister Giorgos Lakkotrypis betonte. Die Bohrungen in den neu vergebenen Feldern sollen 2014 beginnen, eine weitere Probebohrung im bereits entdeckten Gasfeld in Block 12 soll zwischen Juli und September dieses Jahres durchgeführt werden. Das Gas für den einheimischen Gebrauch soll aber bereits 2015 fließen. Zypern wird nicht vor 2017, wohl eher erst ab 2019 Gas exportieren können.

Der türkische Premierminister Erdogan unterstrich, dass Griechenland und die Türkei in ihrer Funktion als Garantiemächte bei der Ausbeutung der Gasvorkommen beteiligt sein sollten und dass die griechischen Zyprioten nicht einseitig im Rahmen eines Rettungspaketes von den Gasvorräten profitieren sollten.

Die von den USA vermittelte Entschuldigung Israels gegenüber der Türkei für den Zwischenfall auf der Mavi Marmara, bei der vor drei Jah-

ren 9 türkische Aktivisten von israelischen Sicherheitskräften getötet worden waren, ermöglichte eine Wiederaufnahme der ehemals engen Beziehungen beider Staaten mit Aussicht auf eine Zusammenarbeit in Form einer Gaspipeline zwischen Israel und der Türkei. Dies wiederum beunruhigt die griechischen Zyprioten, die befürchten, dass sie am Ende außen vor bleiben könnten. Der israelische Premierminister Netanyahu betonte, dass auf Grund der zunehmenden Gefahr aus Syrien eine Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel notwendig sei. Der türkische Premier Erdogan hob hervor, dass die Position der Türkei auf Grund dieser Entwicklung gestärkt werde und sie wieder Einfluss und Macht ausüben könne wie in der Vergangenheit. Die Financial Times berichtete, dass das amerikanische Unternehmen Noble Energy und die israelische Firma Delek Energy, die sowohl Hauptinvestoren der israelischen Gasfelder im östlichen Mittelmeer als auch Partner in Zyperns Block 12 sind, in der Türkei nach möglichen Kunden Ausschau halten. Während eine Pipeline in die Türkei kostengünstiger ist, erscheinen die politischen Folgen einer Abhängigkeit von der Türkei beim Gasexport für die griechischen Zyprioten wenig attraktiv und der Bau einer Pipeline ohne eine Lösung des Zypernproblems ist schwer vorstellbar. Daher betonte Charalambos Ellinas, der Vorsitzende der staatlichen zypriotischen Gasgesellschaft KRETYK, dass der Bau einer kostenintensiven Verflüssigungsanlage die einzige Möglichkeit für Zypern sei, das Gas zu exportieren und lehnte den Bau einer Pipeline in die Türkei ab. Was die Realisierbarkeit einer Verflüssigungsanlage betrifft, so argumentiert

Ellinas, dass die Berechnungen nicht nur auf die sieben Billionen Kubikfuß Erdgas im Aphrodite Feld von Block 12 bezogen werden sollten, sondern auch auf die fünf anderen Blöcke, deren Vorkommen sich auf weitere 40 Billionen Kubikfuß belaufen könnten und die im nächsten Jahr von ENI-KOGAS und Total erschlossen werden sollen. Zudem geht Noble Energy davon aus, dass es ein weiteres Gasreservoir in einem Umfang von fünf Billionen Kubikfuß in Block 12 geben könnte.

Die Agentur MENA (Middle East News Agency) berichtete, dass der Legislaturausschuss des ägyptischen Shura Rates einen Gesetzesentwurf zur Aufkündigung des Abkommens über die Abgrenzung der jeweiligen Exklusiven Wirtschaftszonen zwischen Zypern und Ägypten vorgelegt habe. Der zypriotische Außenminister Ioannis Kasoulides wiegelte jedoch ab und hob hervor, dass beide Länder die Abgrenzungsvereinbarungen von 2003 in Bezug auf die exklusiven Wirtschaftszonen respektierten und implementierten.

Eine zypriotische KRETYK Delegation und Vertreter von ENI tauschten sich in Mailand über die Vorhaben von ENI sowie die seismischen Untersuchungen für die Blöcke 2, 3 und 9 aus.

Währenddessen zitierte Fox Business News den türkischen Energieminister Taner Yıldız, wonach die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der italienischen Firma auf Grund von ENIs Engagement in Zypern suspendiert sei. Die Türkei hatte in der Vergangenheit damit gedroht, dass Firmen, die eine Bohrlizenz für die Gasfel-

der vor Zyperns Küsten erwerben, vom türkischen Markt ausgeschlossen würden. Das italienische Unternehmen ENI ist mit 5% an dem Baku-Tbilisi-Ceyhan Projekt (BTC) beteiligt, sowie an dem Blue Stream Projekt als Teil eines Jointventures mit Gazprom, das Gas von Russland in die Türkei transportiert. Die Pipeline transportiert jährlich ca. 45 Milliarden Kubikmeter Gas und deckt somit ein Drittel des jährlichen türkischen Bedarfs. ENI ist zusammen mit der in Istanbul ansässigen Calik Holding an dem Bau einer 550 km langen Ölpipeline beteiligt, die den Hafen von Samsun am Schwarzen Meer mit dem Hafen von Ceyhan am Mittelmeer verbindet. Dem Geschäftsführer von ENI, Paolo Scaroni, zufolge, ruhe das Projekt momentan.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen

Zypern und die Troika bestehend aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond kamen nach schwierigen Verhandlungen zu einer Einigung. Zypern hatte am Ende die Wahl zwischen einem Zusammenbruch seiner führenden Banken, gefolgt von einem Staatsbankrott sowie dem Austritt aus der Eurozone oder einem Darlehen der EU und des IWF über 10 Milliarden Euro, bei dem jedoch zusätzlich die Besitzer größerer Sparguthaben bei den beiden größten Geldinstituten mit insgesamt 5,8 Milliarden Euro beteiligt werden sollen (Bail-in). Präsident Anastasiades verhandelte

lange mit dem Europarat und Kommissionspräsident Herman van Rompuy sowie Jose Manuel Barroso und Christine Lagarde, der Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IMF) wie auch mit Vertretern der Europäischen Zentralbank (EZB), bis schließlich eine Einigung auf den Weg gebracht wurde und von der Eurogruppe in den frühen Stunden des 25. März akzeptiert wurde.

Die Details der Vereinbarung versetzen der größten Bank Zyperns, der Bank of Cyprus (BoC), einen schweren Schlag, während sie für die Popular Bank (Laiki) den Todesstoß bedeutete. Es ist vorgesehen die Popular Bank abzuwickeln und in eine Good Bank und Bad Bank aufzuteilen. Ungesicherte Guthaben über 100.000 Euro werden eingefroren, was große Verluste für die Anleger bedeutet. Der Großteil dieser Guthaben wird zur Tilgung der Schulden der Bank verwendet werden und nur ein Bruchteil könnte in einigen Jahren wieder zurückgezahlt werden. Zudem wurden die gesunden Vermögenswerte der Laiki Bank mit der Bank of Cyprus zusammengelegt. Zusätzlich übernimmt die BoC die Schulden der Laiki in Höhe von neun Milliarden. Diese Schulden entstanden durch die Inanspruchnahme des Europäischen Liquiditätsfonds von Seiten der Laiki Bank. Diese Schulden werfen einen langen Schatten auf die Zukunft der BoC. Die Einlagen von Kleinsparern bis zu 100.000 Euro werden bei beiden Banken nicht angerührt.

Ungesicherte Einlagen über 100.000 Euro bei der Banken sollen blockiert werden und zur Schuldenbegleichung der Laiki Bank und Rekapitalisierung der BoC herangezogen werden.

Berichten zufolge sollen ungefähr 4.2 Milliarden Euro durch ungesicherte Einlagen bei der Laiki Bank erhoben werden, deren Abwicklung den Verlust von mehreren tausend Arbeitsstellen zur Folge haben wird. Kontoinhaber bei der BoC könnten mindestens 37,5% ihrer Guthaben verlieren, wobei zusätzliche 22,5% eingefroren werden für evtl. weitere Bail-out Maßnahmen und um die Bank liquide zu halten. Die genauen Zahlen sollen innerhalb der nächsten 90 Tage bekannt gemacht werden. Als Kompensation sollen die Kunden Aktien der BoC erhalten.

Die erste Vereinbarung während des Eurogruppen Treffens am 15. März hatte eine einmalige Erhebung von 6,7% auf Guthaben unter 100.000 Euro (die unter europäischem Recht gesichert sind) und 9,9% auf Guthaben über 100.000 Euro vorgesehen. Die Zwangsabgabe auf Bankguthaben wurde von der Eurogruppe damit begründet, dass die Höhe des Rettungspaketes von 17 Milliarden Euro auf 10 Milliarden Euro reduziert werden müsse, d.h. von 140% auf 100% des BIP, um eine, nach IWF Regeln, nachhaltige Staatsverschuldung zu erreichen. Darüber hinaus benötigte Summen müssen von der Republik Zypern aufgebracht werden ohne dabei die Staatsverschuldung zu erhöhen. Deutschland spielte eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen. Innenpolitische Erwägungen wurden mit dem Rettungspaket verknüpft und von allen politischen Parteien dazu genutzt, um im Wahlkampf Punkte zu sammeln. Folglich war es das Ziel der deutschen Regierung, die Last eines Rettungspaketes von der Eurozone zu nehmen (besonders von den deutschen Steuerzahlern) und Investoren und Gläubiger miteinzubeziehen, bei denen es sich

nach Berichten des deutschen Geheimdienstes vor allem um russische Oligarchen handeln soll, die Zypern als Steueroase und Geldwaschanlage benutzt haben sollen. Da durch Privatisierungen nicht mehr als 1,4 Milliarden Euro erzielt werden können, musste der Großteil der 5,8 Milliarden Euro durch eine Abgabe auf Bankguthaben erbracht werden, die sich insgesamt auf 68 Milliarden Euro belaufen. Die Abgabe auf Bankguthaben stellt einen Präzedenzfall im Umgang mit der Eurokrise dar und der ursprüngliche Plan wurde von dem zyprischen Parlament mit 36 zu 0 Stimmen am 19. März abgelehnt.

Der Vorschlag einer Zwangsabgabe alleine jedoch genügte, um dem überdimensionierten Bankenwesen Zyperns schweren Schaden zuzufügen. Zypern ist auch als Steueroase für reiche Ausländer, vor allem Russen und Briten bekannt. Der Ratingagentur Moody's zufolge sollen sich die Einlagen russischer Firmen im letzten Jahr über 31 Milliarden Euro belaufen haben, was einem Drittel aller Einlagen entspricht.

Nachdem das zyprische Parlament eine Abgabe auf alle Einlagen abgelehnt hatte, entwarf die Regierung einen alternativen Plan, der die Schaffung eines Solidaritätsfonds vorsah, um die benötigten 5,8 Milliarden Euro zusammenzubringen, was eine Voraussetzung für die Bereitstellung eines 10 Milliarden Euro umfassenden Hilfsprogrammes war. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der Troika abgelehnt.

Nikosia wandte sich auch an den Kreml, um ein bestehendes Darlehen neu zu verhandeln und

um Russland zu einer Beteiligung an den 5,8 Milliarden Euro zu bewegen. Der zyprische Finanzminister Michalis Sarris verbrachte drei Tage in Moskau, ohne ein für Zypern positives Ergebnis erreichen zu können. Die russische Regierung wies sämtliche Vorschläge der zyprischen Regierung zurück, die auch eine Teilhabe an den zyprischen Banken und an den Gasreserven beinhaltete. Unbestätigten Gerüchten zufolge sollte der Bau eines russischen Marinestützpunktes auf Zypern Teil des Deals sein, was jedoch auf Grund britischer und amerikanischer Militärpräsenz auf der Insel unwahrscheinlich ist. Moskau schien nicht willens, jenen Unternehmen und Geschäftsleuten zu helfen, die, auf der Basis eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen beiden Staaten, legal keine Steuern in Russland gezahlt haben. Es wird auch vermutet, dass einige der größten russischen Investoren Oppositionsgruppen nahe stehen, was auch Moskaus Verhalten erklären könnte. Nachdem jedoch am 25. März ein Hilfspaket von 10 Milliarden Euro verabschiedet worden war, stellte Moskau zumindest eine mögliche Restrukturierung eines vor zwei Jahren gewährten Darlehens über 2,5 Milliarden Euro in Aussicht und bot einen niedrigeren Zinssatz und eine Verlängerung der Tilgungsfrist an. Dies war für Zypern jedoch nur ein schwacher Trost und nichts wirklich Neues, da Moskau schon vor den Verhandlungen mit der Troika signalisiert hatte, dass es die Darlehensbedingungen erleichtern würde.

Da Russland sich zunächst zurückhaltend zeigte, die griechischen Zypristen zu unterstützen, billigte das zyprische Parlament die einmalige Abgabe für Guthaben von über €100.000, sowie

die Umstrukturierung der BoC und die wirksame Abwicklung der Laiki Bank. Dies stellte eine dramatische Kehrtwende dar, da Politiker noch wenige Tage zuvor ähnliche Vorschläge wütend als Bankraub bezeichnet und im Parlament abgelehnt hatten. Am Sonntag, den 24. März, reiste Präsident Anastasiades nach Brüssel. Es war allen Beteiligten klar, dass bis Montag ein Rettungsplan beschlossen sein musste, damit den zyprischen Banken nicht die Liquiditätsnothilfe der Europäischen Zentralbank gestrichen wird. Nach zähen Verhandlungen mit den europäischen Gebern wurde am Montag in den frühen Morgenstunden ein Hilfsprogramm vereinbart, das den wirtschaftlichen Zusammenbruch des zyprischen Bankwesens verhinderte und vorerst die Mitgliedschaft der Insel in der Eurozone sichert. Das Abkommen strich die umstrittene Idee einer Abgabe für ungesicherte Sparguthaben unter €100.000, beinhaltet aber große Verluste für Anleger bei Laiki und BoC, deren Einlagen die €100.000 übersteigen, während andere Banken und Institutionen verschont blieben. In den Augen der zyprischen Regierung benötigte die endgültige Einigung keine Zustimmung des zyprischen Parlaments, was jedoch von der Opposition bestritten wurde.

Nachdem die Banken fast zwei Wochen geschlossen und Bargeldabhebungen an den Bankautomaten begrenzt worden waren, um einen möglichen Bank Run zu vermeiden, öffneten die Banken wieder am 28. März. Die zyprische Zentralbank führte Kapitalverkehrskontrollen und andere Begrenzungen ein, denen zufolge täglich nicht mehr als 300 Euro Bargeld abgehoben werden können. Des

Weiteren dürfen nur 1000 Euro pro Person auf Auslandsreisen mitgenommen und höchstens 5000 Euro pro Person ins Ausland transferiert werden. Unternehmen benötigen eine Sondergenehmigung für größere Überweisungen. Diese Sondergenehmigungen werden von der jeweiligen Bank ausgestellt und von einem Gremium bei der Zentralbank kontrolliert. Damit soll sichergestellt werden, dass die Überweisungen für geschäftliche Zwecke durchgeführt werden und nicht, um Vermögen ins Ausland zu transferieren.

Durch die Maßnahmen der Vertreter der Eurozone wurde ein katastrophaler Zusammenbruch des zyprischen Bankwesens und hastiger Austritt Zyperns aus der Eurozone verhindert. Es scheint jedoch, dass der Verlauf der Verhandlungen und das Gesamtergebnis möglicherweise negative Folgen für die Eurozone haben könnten und die Glaubwürdigkeit der Eurozone durch die Art der Krisenbewältigung gelitten hat. Der erste fehlgeschlagene Versuch, der eine Abgabe von 6,75% auf alle Guthaben unter 100.000 Euro vorsah, genügte, um unter den Bürgern Europas große Ängste auszulösen, was die Sicherheit ihrer Guthaben betrifft. Theoretisch sind innerhalb der Eurozone die Guthaben bis zu 100.000 Euro, wie im Vertrag von Lissabon festgelegt, durch die jeweiligen Regierungen gesichert. Der Vorschlag, alle Kontoinhaber heranzuziehen, scheint von der zyprischen Seite gekommen zu sein. Um den Schaden für Zypern als Finanzzentrum zu minimieren, sollten die Inhaber großer Konten mit nur 9,9% beteiligt werden. Da alle Finanzminister der Eurozone diesem ursprünglichen Plan zustimmten, was dann weithin als riesiger Fehler

erkannt wurde, liegt die Verantwortung bei allen Beteiligten, obwohl schon kurz danach gegenseitige Schuldzuweisungen erfolgten. Eine weitere Folge ist, dass Inhaber von Sparkonten das Vertrauen in die Banken verlieren könnten, weshalb auch internationale Investmentfirmen wie Pimco im Euro keine zuverlässige Reservewährung mehr sehen.<sup>1</sup> Ratingagenturen wie Moody's oder Standard & Poor haben das Rettungsprogramm heftig kritisiert. Moody's hat die Verbindlichkeiten und die Bonität der Einlagen bei der Bank of Cyprus weiter herabgestuft und stellte ein Szenario für Zyperns Austritt aus der Eurozone auf.

Was die Abgabe auf Guthaben angeht, so argumentieren der IWF und die Regierungen der Eurozone, dass ein Hilfspaket die Insel nicht mit einer untragbaren Schuldenlast belasten dürfe. Zudem sollten auswärtige Anleger mit beteiligt werden, die von den niedrigen Steuern und hohen Zinsen der Banken jahrelange profitiert hätten. Daher sollte die Schuldenlast nicht alleine dem europäischen und zypriotischen Steuerzahler aufgebürdet werden. Der Schlag gegen ausländische Anleger und die Art und Weise, wie die Verhandlungen durchgeführt wurden, treffen die zypriotische Wirtschaft schwer. Es ist fraglich, ob ein Hilfsprogramm unter diesen Umständen tragbar ist. Der

Guardian schätzt einen Rückgang von bis zu 25% des BIP innerhalb der nächsten Jahre, wobei es für zuverlässige Angaben zu früh ist. Zudem ist der neu gewählte Präsident, der pro-europäisch ist und für Reformen einsteht, aber während seiner Wahlkampagne immer gegen einen Schuldenschnitt eintrat, innenpolitisch schwer geschädigt worden.

Moody's zufolge belaufen sich die Guthaben russischer Anleger auf ca. 31 Milliarden US Dollar. Es wurde jedoch berichtet, dass viele der russischen Großanleger große Summen mit Hilfe zahlreicher Schlupflöcher außer Landes schaffen konnten. Das in Russland ansässige Bankhaus Uniastum, das zu 80% der Bank of Cyprus gehört, sowie die Londoner Filialen der Laiki Bank und der Bank of Cyprus wurden ursprünglich nicht in die Kapitalverkehrskontrollen miteinbezogen, und es war somit möglich, Kapital aus Zypern abziehen. Der genaue Umfang dieser Transfers war beim Erstellen des Newsletters noch nicht bekannt. Im Rahmen der neuen Maßnahmen können Girokonten in Termineinlagen umgewandelt werden und fallen somit auch unter die Bail-in Abgabe. Die russische Ausgabe der BBC berichtet, dass jenen russischen Anlegern, die ihr Geld nicht abziehen können, der Weg zum zypriotischen Verfassungsgericht offen steht.

Während der zypriotische Durchschnittsbürger nicht das eigentliche Ziel der Zwangsabgabe war, so werden die sozialen Folgen für die einfachen Zyprioten dramatisch sein, auch wenn sie in ihrem genauen Ausmaß noch nicht absehbar sind. Einheimische und auswärtige Betriebe konnten keine Finanztransaktionen,

---

<sup>1</sup> Pimco, eine Investmentfirma mit Hauptsitz in den USA, wurde im Jahr 2000 von Allianz SE aufgekauft, ein globales Finanzdienstleistungsunternehmen aus Deutschland. Pimco führte vor den Verhandlungen über ein Hilfsprogramm die Due Diligence Prüfung der zypriotischen Banken durch. Das Ergebnis der Prüfung ging von einem Ausgangsszenario von einem Mindestbedarf von sechs oder sieben Milliarden Euro und einer Höchstsumme von 17 oder 17.5 Milliarden Euro aus.



wie z.B. auch Gehaltszahlungen, vornehmen. Was die Lage noch verschlimmert, ist die Tatsache, dass die Mehrzahl der zypriotischen Unternehmen ihre Konten bei einer der beiden großen Banken hat. Diese Firmen müssen mit massiven Verlusten rechnen, so sie über mehr als 100.000 Euro in den Konten der Laiki und BoC haben. Es ist noch nicht absehbar, wie viele Firmen untergehen werden. Außerdem befürchten viele Gemeinden und Bildungseinrichtungen große Verluste, die auch zu Schließungen führen könnten. Ferner haben zahlreiche Zyprioten und Ausländer in Zypern große Teile ihrer Rücklagen und Festgeldanlagen (wie z.B. Immobiliendarlehen) verloren. Dabei handelt es sich nicht nur um wohlhabende, sondern oftmals auch um Bürger der Mittelschicht.

Schon nach dem ersten Vorschlag war abzusehen, dass die Zukunft von Zyperns Finanzsparte mit einem Anteil von 40% am BIP auf Grund der Verluste großer ausländischer Investoren schlecht aussieht. Es wird erwartet, dass viele ausländische Investoren ihr Vermögen so schnell wie möglich aus Zypern abziehen werden, da sie das Vertrauen in die Sicherheit ihrer Einlagen und Investitionen, das Kernkapital eines Finanzzentrums, verloren haben. Das Ende des zypriotischen Geschäftsmodells mit seinem riesigen Bankensektor (ungefähr acht Mal so groß wie das BIP Zyperns) und hohen Zinssätzen war das erklärte Ziel der europäischen Geldgeber. Eine Steueroase als Geschäftsmodell kann sicherlich mit genauso guten Gründen kritisiert werden wie die mangelnde Umsetzung bestehender Regeln. Dabei waren die Probleme und Schwächen dieses Geschäftsmodells kein wirklicher Teil einer tief-

schürfenden und selbstkritischen Debatte innerhalb der griechisch-zypriotischen Gesellschaft. Die mangelnde Umsetzung bestehender Regeln wurde von den Geldgebern als Tatsache angesehen, von Zyprioten hingegen bestritten. Die Tatsache jedoch, dass Zypern im Vergleich zu anderen Steueroasen (wie z.B. Irland) ungleich härter angefasst wurde, hat bei den Zyprioten ein Gefühl von Ungerechtigkeit und tiefer Ablehnung gegenüber der EU und Deutschland im Speziellen erzeugt, da Deutschland als die treibende Kraft hinter den harten Bedingungen angesehen wird.

Die radikale und abrupte Art, wie das zypriotische Geschäftsmodell zerstört wurde, wird zweifelsohne ein Schrumpfen der Wirtschaft mit einem massiven Anstieg der Arbeitslosenrate in den nächsten Jahren zur Folge haben. Reduzierte Staatseinnahmen und steigende Sozialausgaben aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit werden zweifelsohne zu härteren Sparmaßnahmen führen als die bereits vereinbarten. Als Folge davon wird Zypern wahrscheinlich weitere Darlehen von der EU benötigen. Die Zyprioten selbst befinden sich in einer Art Schockstarre. Andererseits bewahrten sich die Zyprioten einen gewissen Stoizismus und einen Sinn für Würde. Dies zeigte sich am deutlichsten am Tag der Wiedereröffnung der Banken, der ohne Zwischenfälle ablief und auch ohne den von auswärtigen Medien erwarteten Massenansturm. Viele griechische Zyprioten vergleichen die Gegenwart mit den Ereignissen und wirtschaftlicher Folgen der türkischen Invasion von 1974, die, aus griechisch-zypriotischer Sicht, zu dem Verlust von einem Drittel der

Insel, massiven Umsiedlungen und großen wirtschaftlichen Verlusten führte.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Während sich im Süden die wirtschaftliche Situation verschlechterte und die Gefahr besteht, dass Kapital in großen Mengen abgezogen werden könnte, versicherten die türkisch-zypriotischen Behörden den Investoren im Norden, dass die dortigen Banken zahlungsfähig seien.

Finanzminister Ersin Tatar teilte mit, dass die Einlagen in Türkischen Lira und die Einlagen in Fremdwährung von Dezember 2010 bis Ende 2012 bedeutend zugenommen hätten. Die Einlagen in Türkischen Lira hatten sich während dieser Zeit von 4,2 Milliarden auf 5,4 Milliarden YTL, d.h. um rund 28%, erhöht. Insgesamt betragen die Einlagen Ende 2012 8,0 Milliarden YTL (ca. 5 Milliarden US Dollar).

Außerdem, so Tatar, wurden die Sparguthaben langfristig angelegt, was ein wachsendes Vertrauen der Anleger in das Bankensystem im Norden bedeutet. 70% der Einlagen wurden zum Zeitpunkt der Datenerhebung zur Darlehensvergabe verwendet.

Vor diesem Hintergrund wuchs jedoch die Angst vor einem Ansteckungseffekt durch die Entwicklungen im Süden und dass der berühmte Schuldenschnitt und die Beteiligung der Besitzer von Guthaben an dem sogenannten Bail-in ein

Präzedenzfall für andere Krisen sein könnte, eben auch im Norden Zyperns. Es gab auch Bedenken, dass die Veränderungen im Süden die Wettbewerbsfähigkeit im Norden beeinflussen könnte. Die Kasinobetreiber warnten davor, dass die Entwicklungen im Süden deren Monopol auf der türkisch-zypriotischen Seite beenden könnte, da die neugewählte Regierung die Eröffnung von Kasinos im Südteil der Insel angekündigt hat.

In der Zwischenzeit berichteten Medien im Zusammenhang mit dem Selbstmord von Can Denktash, dem Enkel des früheren türkisch-zypriotischen Repräsentanten Rauf Denktash, über private Schulden und Kredithaie. Can Denktash hatte eine große Menge privater Schulden angehäuft und stand kurz vor dem Bankrott. Sein Selbstmord wurde mit seiner finanziellen Situation erklärt.

Das Parlament verabschiedete einstimmig ein Gesetz, das die Ausführung bestehender Vollstreckungsbefehle bis zum 31. Juli 2013 hinausschieben soll. Diese Zwischenlösung soll solange gelten, bis ein Gesetz über die Restrukturierung von nicht bezahlten Darlehen und Forderungsabschreibungen geschaffen wird. Die ausstehenden Zahlungen im Rahmen gerichtlicher Verfügungen führte zu einer Situation, in der zahlreiche Geschäftsleute mit einer Festnahme und langen Gefängnisstrafen rechnen mussten.

Ein ähnliches Gesetz zur Zurückstellung von Vollstreckungsbefehlen wurde letztes Jahr verabschiedet, ohne dass jedoch eine endgültige Lösung gefunden wurde. Das Parlament

berief einen Ad-hoc-Ausschuss ein, mit der Aufgabe ein Gesetz zu entwerfen, das die Frage nicht bezahlter Darlehen und Forderungsabschreibungen möglichst umfassend regelt.

Die Rechtsanwaltskammer wirft dem Parlament jedoch vor, dass der eingeschlagene Weg ungesetzlich sei. Die Rechtsanwaltskammer beschuldigte die Gesetzgeber, keinen juristischen Rat einzuholen. Zudem warnten die Rechtsanwälte davor, dass die Auswirkungen und Kosten einer Zurückstellung der Zahlungen (auch als Sprengbombe charakterisiert) nach dem 1. August noch nicht berechnet worden seien.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Der Wahlkampf um den Posten des Bürgermeisters im türkisch-zypriotischen Teil von Nikosia (Lefkosha) ist das wichtigste Ereignis auf der politischen Agenda für den Monat März. Die Wahlkampagne wurde offiziell am 2. März vom Wahlkomitee eröffnet. Insgesamt bewarben sich neun Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters.

Am 22. März veröffentlichte das seriöse Meinungsforschungsinstitut KADEM das Ergebnis einer Umfrage, der zu Folge die Republican Turkish Party (CTP) und ihr Kandidat Kadri Fellahoglu mit 34% vor allen anderen Kandidaten lagen. Der Kandidat der regierenden National Unity Party (UBP), Hasan Sertoglu, lag mit 30,4% auf dem zweiten Platz, während Mustafa Arabcioglu von der Democrat Party (DP) mit 19,7% auf Platz drei liegt. Arabcioglu, ein scharfsinniger und ziemlich beliebter Politiker, hatte darauf gehofft, dass enttäuschte UBP

Wähler zu ihm wechseln und seine Kandidatur unterstützen würden, da die DP auch eine moderate nationale Partei ist.

Der Absturz der UBP war im Vergleich zu den Wahlergebnissen von 2009 bedeutend. 2009 erhielt der UBP Kandidat 43,3% der Stimmen (was einen Verlust von 12,5% zu den derzeit 30,4% Zustimmung darstellt), während der Kandidat der DP damals nur 12% erhielt. Entscheidend ist auch, dass der CTB eine Erhöhung des Stimmanteils von 27,7% auf 34% vorausgesagt wurde, was ihr einer Umfrage vom 7. April 2013 zu Folge den ersten Platz sichern würde.

Die Lage der UBP wurde durch den Riss innerhalb der Partei, der während der beiden umstrittenen Parteitage von 2012 und im Februar 2013 entstand, nicht verbessert. Die Bürgermeisterwahl brachte auch politische Einschränkungen u.a. bei der Neubesetzung von Regierungsposten mit sich. Spekulationen in Bezug auf Kabinettsumbesetzungen müssen auf die Zeit nach den Wahlen vom 7. April verschoben werden.

Das Zerwürfnis innerhalb der UBP wirkte sich in den letzten Monaten auch auf das Parlament aus, das dadurch nicht mehr beschlussfähig war. Die sich neu formierende zivilgesellschaftliche Initiative (Toparlaniyozuz Hareketi) unter der Führung von Dervish Eroglus früherem Sonderberater in den Zyperngesprächen forderte den Parlamentssprecher Hasan Bozer auf, ein Disziplinarverfahren gegen jene Parlamentarier einzuleiten, die ihren Pflichten als Abgeordnete nicht nachkommen.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### 26. April 2013, 17 Uhr

CAD / AHDR / FES

Konferenz, Diskussion über das

**Zypern Problem:**

**Cyprus Peace Process - Alternative Approaches**

University of Nicosia (UNESCO Amphitheatre)

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

### 27.-28. April 2013

CAD / AHDR / FES

Workshop

**Cyprus Peace Process: Alternative Approaches**

Troodos, Zypern

Nicht-Öffentliche Veranstaltung



### 25. Mai 2013

Archis Interventions / ERSTE Stiftung / AHDR / FES

Konferenz und Workshop

**Post-Conflict Development and Civic Imagination  
(Divided Cities)**

Home for Cooperation H4C, UN Pufferzone,

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



## Impressum:

**Friedrich Ebert Stiftung (FES)**

Büro Zypern

Stasandrou Str. 20, Apt. 401

CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

## Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

## Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros, Laura Laloire und Hubert Faustmann

## Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)